

Berlin Leben

- 5
- 1.) Berlin wird Öko
 - 2.) Für eine wirksame Grüne Drogenpolitik – sozial und liberal
 - 3.) Bildung ist Menschenrecht
 - 4.) Freiheit und Teilhabe für Alle!
 - 5.) Das Ende der Vollbeschäftigung
 - 6.) Jugend braucht FreiRäume!

10

Präambel

Ihr haltet hiermit das alternative Wahlprogramm der GRÜNEN JUGEND Berlin in den Händen. Wir wollen euch unser Konzept zur Gestaltung der Zukunft Berlins näherbringen. Am 17. September habt auch ihr die Wahl. Wir sagen: Jede Stimme für Bündnis 90 / Die Grünen bringt uns einen Schritt näher an diese 15 Zukunft heran.

Aber das reicht uns nicht:

Wir möchten, dass Ihr Euch als wichtigen Teil der Gesellschaft begreift und aktiv an der Gestaltung Eurer 20 Lebensräume und Eures Landes mitwirkt! Dazu gehört Selbstbewusstsein und das Bewusstsein etwas verändern zu können! Ohne Visionen junger Menschen wäre unsere Welt nicht lebenswert!

Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen und hoffen gemeinsam mit Euren Ideen unser Ziel voranzubringen.

25

Berlin wird Öko

Der Golfstrom ist versiegt. In Deutschland herrschen Temperaturen von durchschnittlich -20 °C. Die Menschen leben einsam und zurückgezogen in ihren Häusern, kaum jemand begibt sich nach draußen, nicht 30 einmal spielende Kinder.

So oder so ähnlich wird es einmal in Berlin aussehen, wenn der Klimawandel in solch rasantem Tempo wie heute fortschreitet. Ihr habt eine Verantwortung nicht nur euren Kindern gegenüber, sondern auch gegenüber euch selbst.

35 Neue Energie für unsere Stadt

Berlin ist ein gigantisches Ökoschwein. An allen Ecken und Enden wird Energie verschwendet, ineffizient eingesetzt oder umweltschädlich gewonnen. Das wollen und müssen wir ändern. Ganz im Sinne des Mottos „Global denken – Lokal handeln“.

40

Die Energieversorgung Berlins muss verändert werden. Solarzellen auf öffentlichen Gebäuden (z.B. Schulen und Unis) können ein erster Schritt sein. Ältere Bauwerke müssen so saniert und isoliert werden, dass sie ein Minimum an Energie verbrauchen. Des Weiteren sollten sämtliche öffentliche Fahrzeuge auf Biodiesel umgerüstet werden. Das gesamte U- und S-Bahnnetz Berlins kann ohne Probleme komplett mit regenerativer 45 Energie betrieben werden. Dies würde nicht nur zu einer geringeren Umweltbelastung beitragen, sondern auch positive ökonomische Folgen haben.

Ebenso wollen wir private Haushalte in ihrem Bestreben nach umweltfreundlicher Energiegewinnung fördern.

Es muss sich lohnen sein Haus mit Strom aus regenerativen Energiequellen zu versorgen und 50 umweltfreundlich zu heizen. Biomasse und die Kraft-Wärme-Kopplung stellen Energiequellen dar, die ohne weiteres in Berlin realisierbar sind. Eine weitere große Energiequelle stellen Effizienz und Energiesparen dar. Stinkende Kohlekraftwerke müssen der Vergangenheit angehören. Es darf keine Kilowattstunde Atomstrom nach Berlin fließen.

55 Flugzeuge sind die größten Umweltverschmutzer und Energieverbraucher überhaupt. Berlin hat derzeit drei Flughäfen. Ein Flughafen reicht völlig aus, nicht nur im Sinne der Umwelt, sondern auch im Sinne der Menschen. Fluglärm belästigt und ruft gesundheitliche Schäden hervor. Daher fordern wir die sofortige Schließung der innerstädtischen Flughäfen. Langfristiges Ziel muss es sein, den Energiebedarf Berlins vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen zu decken. So kann Berlin auch deutschlandweit ein 60 Vorbild sein, ganz nach dem Motto „Solarhauptstadt Berlin“.

Berlin wird grün

Berlin ist eine Großstadt mit Autos, LKWs, großen oftmals unansehnlichen Wohnhäusern, riesigen Bürokomplexen,... Großstadtdschungel eben. Die Grüne Jugend Berlin will gerade im Hinblick auf zukünftige Generationen Besserung schaffen.

Oberstes Ziel muss es sein Lärm, Abgase und Flächenverbrauch einzudämmen. Des Weiteren müssen neue Spiel- und Grünflächen geschaffen werden. Wir wollen Spielparks, wo Kinder und Jugendliche Platz zum spielen und toben haben. Ungenutzte Flächen, beispielsweise ehemalige Parkplätze, eignen sich hierfür hervorragend und sind überall in der Stadt vorhanden. Wir fordern eine Begrüpfungspflicht für alle ungenutzten Flächen. Auch in Schulen kann viel getan werden. Warum müssen Schulhöfe immer betoniert sein? Rasenflächen sehen nicht nur schöner aus, sondern sind auch wesentlich besser geeignet zum sitzen, spielen, laufen und hinfallen. Auch neue Bäume an Schulen sind sehr wünschenswert. Begrünte Schulhöfe machen viel mehr her und fördern den Umgang und das Leben der Schüler mit der Natur.

Die Grüne Jugend Berlin fordert 100000 neue Bäume für Berlin. Diese sollen nicht nur der Verschönerung der Stadt dienen sondern auch zur Klima- und Luftverbesserung beitragen. Die bereits vorhandenen Bäume müssen gepflegt und geschützt werden. AnwohnerInnen oder auch Schulklassen können auf freiwilliger Basis, die Pflege von Bäumen oder kleinen Grünanlagen in ihrer Nähe übernehmen. Es muss wieder möglich sein, wie früher, in der Spree zu baden. Es kann nicht sein, dass mehr Getränkedosen als Tiere in der Spree schwimmen.

Die Grüne Jugend Berlin lehnt Privatisierungen der Leistungen zur Daseinsvorsorge ab. Wasserversorgung und Entsorgung, Gas und Elektrizität müssen ökologisch verantwortlich zu den Verbrauchenden gelangen. Auch die Abfallentsorgung ist öffentlich zu tragen. Werden diese Märkte für WettbewerberInnen geöffnet, sind dem Ökodumping kaum noch Grenzen zu setzen. Was bedeutet, dass nur noch auf Kosten und Gewinne geschaut wird. Für bereits (teil-)privatisierte Betriebe, wie etwa die Wasserversorgung, wollen wir Strategien für eine Rückführung in die öffentliche Hand entwickeln.

Menschen UND Tier in Berlin soll es gut gehen, deshalb fordert die Grüne Jugend Berlin ein Verbot sämtlicher Tierversuche in Berlin und Umland. Auch im Berliner Zoo müssen Tiere leiden. Eisbären sind einfach nicht für sommerliche Temperaturen von 30 °C geschaffen, Tiger brauchen ein riesiges Jagdareal, Affen brauchen hohe Bäume zum Klettern,... diese Liste lässt sich noch beliebig fortführen. Aus diesen Gründen fordert die Grüne Jugend Berlin die sofortige Schließung des Berliner Zoos.

Öffentliche Verkehrsmittel für alle

S-Bahn fahren umsonst? Ein Traum? Nicht wenn es nach uns geht. Der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr, d.h. S+U-Bahn, Tram und Busse) muss mittelfristig gratis sein, denn jeder Mensch hat ein Recht auf Mobilität, nicht nur jene Menschen, die dazu das Geld haben.

Ein erster Schritt dorthin stellt die drastische Herabsetzung der Preise für SchülerInnen- und Semesterticket dar. Es kann nicht angehen, dass immer noch Jugendliche schwarzfahren müssen, weil sie sich das Ticket nicht leisten können. Als Sofortmaßnahme müssen sämtliche ÖPNV-Preise mindestens auf die Hälfte des derzeitigen Standes gesenkt und weitere Erhöhungen konsequent ausgeschlossen werden. So können noch mehr Menschen überzeugt werden ganz oder zumindest teilweise auf den ÖPNV umzusteigen. Denkt an den Feinstaub!. Es soll nicht darum gehen AutofahrerInnen zu ächten, sondern darum, neue Anreize zu schaffen. Je geringer der Preis, desto mehr Menschen steigen um. Dadurch finanziert sich diese Maßnahme quasi selbst und belastet den Landeshaushalt in keiner Weise. Des Weiteren muss das Verkehrsnetz des ÖPNV ausgebaut und verbessert werden. Ansatzpunkte sind hier die Weiterführung der Tram auch in den Westen Berlins und der Ausbau des Nachtnetzes. Vor allem die Außenbezirke müssen noch viel besser ans Netz angeschlossen werden. Auch die Belange behinderter Menschen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Alle S- und U-Bahnhöfe Berlins müssen von RollstuhlfahrerInnen genutzt werden können. Derzeit verfügen leider noch viel zu wenige Bahnhöfe über Aufzüge. Aber auch Busse und Trams gilt es behindertengerecht zu gestalten und umzubauen.

Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung stellt das von der Grünen Jugend Berlin geforderte BürgerInnenticket dar. Alle BerlinerInnen zahlen eine sozial gestaffelte Abgabe (das heißt wer viel verdient bezahlt viel und wer wenig verdient bezahlt wenig) und dürfen dafür den ÖPNV Berlins uneingeschränkt nutzen. Gewissermaßen eine Art Flatrate für Bus und Bahn. Der monatliche Beitrag läge auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die heutige Monatskarte (deutlich weniger als die Hälfte). Auch Autofahrer müssten diese Abgabe bezahlen, was sie hoffentlich in großer Zahl zum Wechseln auf Bus und Bahn bewegt. In Berlin braucht kaum ein Mensch wirklich ein Auto. 50% der Berliner Haushalte haben zwar keines, aber es müssen noch deutlich mehr Menschen werden, die bereit sind, vollständig auf ein Auto zu verzichten.

Eine Stadt ohne Autos

Wir fordern autofreie Zonen in der Stadt. Es muss möglich sein, nicht nur größere Plätze und deren Umgebung, sondern auch ganze Kieze für Autos zu sperren. Das öffentliche Leben in diesen Zonen würde sofort wieder aufblühen. Als Modellprojekt haben wir den Boxhagener- Platz im Visier. Es ist klar, dass ohne Autos die Geschäfte und Kneipen florieren würden. Außerdem würde der Platz ein ganz anderes Flair erhalten.

Es müssen wesentlich mehr Zonen und Spielstraßen geschaffen werden. Damit gerade junge Menschen mehr Platz haben und es möglich ist Fußball auf der Straße zu spielen.

LKWs müssen komplett aus der Stadt verbannt werden, denn sie sind die größten Feinstaub- und AbgasproduzentInnen. Für den Lieferverkehr müssen selbstverständlich Ausnahmen gemacht werden, aber auch hier sollte eine Verlagerung auf die Schiene erfolgen. Stuttgart ist hier ein gutes Vorbild, denn hier herrscht ein Durchfahrverbot für Fahrzeuge, die über 3,5t wiegen.

Autos ohne Rußpartikelfilter haben unserer Ansicht nach in Berlin nichts verloren, daher fordert die Grüne Jugend Berlin ein Verbot für solche „Stinker“.

Vorfahrt für FahrradfahrerInnen

Das Radwegenetz Berlins befindet sich in einem desolaten Zustand. Sofern überhaupt Fahrradwege vorhanden sind, sind diese dank Schlaglöchern, Baumwurzeln, Steinen und Baustellen oftmals unbefahrbar. Das wollen wir ändern. Die Radwege in Berlin müssen sicherer und größer werden. Die häufigste Todesursache bei Kindern und Jugendlichen in Berlin sind Verkehrsunfälle. Das kann und darf nicht sein. Es muss ein Umdenken in der Verkehrspolitik stattfinden. So fordern wir beispielsweise den Umbau von Verkehrsknotenpunkten in Berlin unter dem Aspekt „mehr Sicherheit für FußgängerInnen und Radfahrende“. Das Radwegenetz in Berlin muss nicht nur repariert, sondern auch ausgebaut werden. Die Menschen sollen erkennen, dass es sich lohnt aufs Fahrrad umzusteigen. Es muss wieder möglich sein jeden nur erdenklichen Ort in Berlin ohne Probleme per Fahrrad zu erreichen.

155

Für eine wirksame Grüne Drogenpolitik – sozial und liberal

Wir fordern eine offene Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt. Die derzeitige Drogenpolitik kriminalisiert Millionen BürgerInnen und schafft mehr Probleme als sie löst. Wir wollen eine Drogenpolitik ohne Entmündigung der BürgerInnen und setzen uns für die Entkriminalisierung von KonsumentInnen ein. Drogenprobleme können alleine durch umfassende Prävention und wirksame Hilfeangebote wirksam angegangen werden.

Aufklärung und Prävention

Flächendeckende Präventions- und Aufklärungsangebote sind das beste Instrument gegen Drogenprobleme. Die Konzentration auf eine rein abstinenzorientierte Konsumprävention lehnen wir ab. Wichtig sind uns die Förderung von Lebenskompetenzen sowie eine schadensminimierende Aufklärungsarbeit (Safer Use). Ziel muss ein verantwortungsbewusster Umgang mit allen Drogen - also auch Alkohol und Tabak - sein.

Gerade bei Jugendlichen reicht die alleinige Forderung nach Abstinenz nicht aus. Daher setzen wir im Bereich Partydrogen auf Angebote zur chemischen Inhaltsstoffanalyse (Drugchecking) und fordern, dass dies an der Charité wieder aufgenommen wird.

Aus Jugendschutzgründen würden wir ein vollständiges Werbeverbot für Tabakwaren und Alkohol und die Abschaffung von Zigarettenautomaten begrüßen.

Entkriminalisierung, Legalisierung, Führerschein

Mit einer straffreien "geringen Menge" für alle Drogen will die GRÜNE JUGEND Berlin kurzfristig die Kriminalisierung des bloßen Drogenkonsums beenden. Bei Cannabis fordern wir einen Modellversuch für eine legale Abgabe. Unter Berücksichtigung des Jugendschutzes soll Cannabis kontrolliert an die KonsumentInnen verkauft werden. Dies ist das wirksamste Instrument gegen den unkontrollierten Cannabis Schwarzmarkt. Mit den möglichen Einnahmen und den eingesparten Kosten bei der Strafverfolgung ließe sich die Aufklärungs- und Präventionsarbeit massiv ausbauen.

Wir lehnen eine Diskriminierung von KonsumentInnen illegaler Drogen im Straßenverkehr ab. Die Praxis den

Führerschein wegen des Konsums illegaler Drogen, der schon Tage und Wochen zurückliegt, zu entziehen
190lehnen wir klar ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle Drogen – egal ob legal oder illegal: Bestraft werden die, die berauscht fahren. Daher fordern wir für alle Drogen wissenschaftlich fundierte Grenzwerte, wie sie bei Alkohol schon existieren.

Hilfe und Therapie

195 Wer Probleme mit Drogenkonsum hat, braucht Hilfe nicht Strafe. Deshalb setzen wir auf ein pluralistisches und niedrigschwelliges Hilfesystem, das sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert und Selbsthilfestrukturen unterstützt. Die Qualität der Suchthilfe muss gesichert und ausgebaut werden. Geschlechtsspezifische Angebote müssen ein fester Bestandteil werden.

200 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert Substitutionsprogramme sowie die umgehende arzneirechtliche Überführung des Heroinmodellprojekts in eine Regelbehandlung für schwerst Heroinabhängige ein. Dies würde zu einem Rückgang der Herointoten und der Beschaffungskriminalität führen. Spritzentauschprogramme helfen gegen eine weitere Ausbreitung von HIV- und Hepatitisinfektionen.

205 Die Einrichtung von Konsumräumen muss erhalten und ausgebaut werden.

Bildung ist Menschenrecht

210 Bildung ist die entscheidende Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe jedes einzelnen Menschen. Chancen- und Zugangsgerechtigkeit, unabhängig von Geschlecht, Religion und Herkunft, steht für die GRÜNE JUGEND Berlin im Mittelpunkt der Bildungspolitik. Gute Bildung kostet Geld, doch schlechte Bildung kostet uns unsere Zukunft!

215 Vorschulische Bildung

Die KiTa als Ort des spielenden Lernens und als erste Säule des Bildungssystems muss gestärkt werden. Die GRÜNE JUGEND fordert daher den Ausbau der frühkindlichen Bildung, insbesondere im Bereich der Sprachförderung. Für Kinder von MigrantInnen brauchen wir ausreichende Angebote der Sprachförderung -
220 sowohl der muttersprachlichen als auch der deutschen Sprache. Ziel muss es sein, dass alle Kinder, wenn sie in die Schule kommen, dem Unterricht in deutscher Sprache folgen können. Wir wollen allen Kindern einen kostenfreien Zugang zur KiTa ermöglichen.

Spannende Spielzeuge, Mal- und Bastelutensilien und Ausflüge ohne Zwang sollen dem Entdeckungstrieb
225 und der Experimentierfreude der Kinder gerecht werden. Neben Sprachentwicklung bilden Kreativität und Bewegung die beiden Schwerpunkte der Bildungsansätze in der KiTa. Männer dürfen in der frühkindlichen Bildung keine "Exoten" mehr sein um veraltete Rollenklischees aufzubrechen.

Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen den Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden und
230 Eltern in beruflich schwierigen Situation muss die Kinderbetreuung auch abends und nachts angeboten werden. Um ihrem Bildungsauftrag nachkommen zu können, müssen die Kindertagesstätten finanziell und personell besser ausgestattet werden und die unterbezahlten ErzieherInnen ein höheres Gehalt bekommen.

Bildung in der Schule - Eine Schule für alle - Heterogenität als Chance

235 Die GRÜNE JUGEND Berlin spricht sich für ein Bildungssystem aus, in dem alle SchülerInnen gemeinsam in eine Schule gehen. Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlichen Entwicklungsstands und Alters in überschaubaren, heterogenen Lerngruppen und individuelle Förderung statt Auslese ist für uns das Bildungskonzept der Zukunft. Geistig und körperlich behinderte Kinder sollen soweit wie möglich in die
240 Lerngruppen integriert werden. Wir wollen, dass die Lerngruppen von mehreren LehrerInnen betreut werden. So kann auf alle SchülerInnen besser eingegangen und das Problem des Unterrichtsausfalls nahezu behoben werden.

Die GRÜNE JUGEND möchte das Sitzenbleiben und Ziffernnoten abschaffen. Ziffernnoten täuschen eine
245 objektive Bewertung vor und werden als Selektionskriterium instrumentalisiert. Wir sprechen uns stattdessen für sogenannte Bildungstagebücher aus, die primär als Feedback für die SchülerInnen dienen sollen. Nach der 10. Klasse soll es einen Abschlussbericht geben.

Die GRÜNE JUGEND fordert einen Beginn der Schule um 9 Uhr und anlehnend an skandinavische Modelle
250 flexible Lerneinheiten. Um Lernen interessant und abwechslungsreich zu gestalten, spricht sich die GRÜNE JUGEND für eine komplette Überarbeitung der Lerninhalte und Unterrichtsfächer und die Wiedereinführung

der Lehrmittelfreiheit aus.

Eine stärkere Sensibilisierung für das bestehende Rollenverständnis muss auch in den Schulen erfolgen. Themen wie Sexualität, Verhütung, Missbrauch, Gesundheit und Drogen haben einen größeren Stellenwert verdient. Homosexualität soll als wichtiger Teil der Persönlichkeit gleichwertiger Menschen vermittelt werden. Ebenso müssen die sozialen und praktischen Kompetenzen der SchülerInnen gefördert werden. Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, ab der achten Klasse jedes Schuljahr eine mindestens zweiwöchige Praktikumszeit einzurichten.

260 Die SchülerInnenvertretung (SV) soll über Personalentscheidungen, unangekündigte Leistungsüberprüfungen von LehrerInnen, die Verteilung des finanziellen Budgets und die Schulleitung mitentscheiden können. Jeder Schule sollen finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, aus denen unter anderem Gehälter für LehrerInnen, Investitionen in Lehrmaterialien und Gebäudereparaturen bezahlt werden sollen.

265 Die GRÜNE JUGEND möchte eine Schule mit lebendiger Architektur, Solarzellen auf dem Dach und viel Grün auf dem Pausenhof. Große, helle Zimmer und bequeme, orthopädisch bewährte Stühle und Bänke sind ebenso notwendig wie eine aktuelle technische Ausstattung insbesondere im Bereich der Neuen Medien. Alle SchülerInnen haben das Recht auf einen Internetzugang in der Schule. Abends und am Wochenende soll die Schule für SchülerInnen, LehrerInnen und KiezbewohnerInnen geöffnet bleiben.

In unseren Schulen werden Kinder und Jugendliche unterrichtet und nicht Fächer. Jährliche verbindliche Fortbildungen für LehrerInnen und eine stärker an der Praxis orientierte Ausbildung sind nötig. LehrerInnen müssen in ihrer Ausbildung auf die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft und auf geschlechtsspezifische Unterschiede hin sensibilisiert werden. Genderfragen müssen fester Bestandteil der LehrerInnenausbildung sein. Gleiches gilt auch für ErzieherInnen und Kindertagesstätten.

Hochschule

280 Die Hochschulzugangsberechtigung in ihrer jetzigen Form müssen abgeschafft werden. Wir wollen, dass der Abschluss der Oberstufe und eine Ausbildung nach der zehnten Klasse gleichermaßen zum Studium an einer Hochschule berechtigen.

Statt den sogenannten NCs (Numerus Clausus) fordert die GRÜNE JUGEND individuelle Aufnahmeprüfungen der Hochschulen. Schulnoten sagen nichts darüber aus, ob und wie geeignet die/der SchülerIn für einen bestimmten Studiengang ist.

Das Studienangebot muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Der hohen Zahl der StudienabbrecherInnen könnte durch eine kompetente Beratung an den Hochschulen entgegengewirkt werden. Besonders StudienanfängerInnen sind nahezu auf sich allein gestellt sich in ihrem neuen Lebensabschnitt zurecht zu finden.

Die GRÜNE JUGEND spricht sich klar gegen jegliche Form von Studiengebühren aus. Sogenannte Studienkontenmodelle, nachgelagerte Studiengebühren, Bildungsgutscheine, Rückmeldegebühren oder Gebühren für Langzeitstudierende lehnen wir ab. Wir sagen: BAföG muss elternunabhängig und statt Kindergeld für zwölf Semester gezahlt werden. Alle StudentInnen sollen 350 Euro staatlichen Zuschuss plus 350 Euro zinslosen staatlichen Kredit erhalten.

Die GRÜNE JUGEND fordert einen Ausbau der Frauenförderung von jungen WissenschaftlerInnen. Der anstehende Generationswechsel an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen bietet sich als Chance durch eine feste Quote den Frauenanteil in wissenschaftlichen Führungspositionen in absehbarer Zeit auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Frauenbeauftragte und Gender-Mainstreaming müssen an den Unis höhere Bedeutung erhalten.

305 Die GRÜNE JUGEND fordert eine viertelparitätische Besetzung aller Hochschulgremien. Wir brauchen endlich mehr Selbstverantwortung und Autonomie für die einzelnen Hochschulen. Die verfasste Studierendenschaft will die GRÜNE JUGEND mit einem allgemein-politischem Mandat gesetzlich absichern.

Die Nahrungsmittel in den Mensen müssen aus kontrolliert ökologischem Anbau stammen. Der Campus und alle Universitätsgebäude müssen endlich behindertengerecht werden. Für junge StudentInnen mit Kindern fordern wir kostenlose Kinderbetreuungsangebote in unmittelbarer Nähe der Hochschule.

Bildung & Wissen global betrachtet

315 Eine Stärkung der Öffentlichkeit für frei verfügbares Wissen ist unerlässlich. Wir wollen den Freier Zugang zu Wissen, beispielsweise in Form von Büchereien oder Internet, für alle sicherstellen. Die GRÜNE JUGEND fordert im Rahmen der Internationalisierung der Bildungssysteme eine Erleichterung der Mobilität. Das Angebot für ausländische StudentInnen an deutschen Hochschulen muss weiter ausgebaut werden und alle SchülerInnen und StudentInnen sollen das Recht auf mindestens ein Jahr/zwei Semester Auslandsaufent-
320 halt bekommen.

Der Kommerzialisierung und der immer stärker einziehenden Verwertbarkeitslogik in unseren Bildungssystemen stehen wir kritisch gegenüber und lehnen deshalb weitere Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen der WTO/GATS-Verhandlungen ab.

325

Freiheit und Teilhabe für Alle!

Die GRÜNE JUGEND Berlin setzt sich für eine Kultur der aktiven Teilhabe und der Freiheit gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Eingriffen ein. Für uns ist die Demokratie die einzige Staatsform, in der
330 Menschenrechte als unveräußerlich geachtet werden und die es allen ermöglicht, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, sie zu verändern und mitzugestalten.

DIE FREIE STADT – keine Sicherheit ohne Freiheit

335 Wir lehnen die überaltete Sichtweise ab, dass der Ausbau von Freiheitsrechten immer einen Verlust an Sicherheit bedeutet. Es ist ein Irrtum, der Staat könnte hundertprozentige Sicherheit für seine EinwohnerInnen gewährleisten. Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen ist ein gutes Beispiel: Kriminalität wird allein an andere Orte verlagert, nicht verhindert. Dagegen werden unzählige Daten gespeichert, die keinseswegs vor Missbrauch gesichert sind. Auch die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir
340 in diesem Zusammenhang ab. Die Polizei ist in den letzten Jahren bürgerInnenfreundlicher geworden. Trotzdem ist sie noch Einiges von dem Ziel entfernt, „BürgerIn in Uniform“ zu sein. Es muss endlich eine unabhängige Kontroll- und Beschwerdestelle eingerichtet werden. Die Polizei darf nicht länger RichterIn in eigener Sache sein. Es kann nicht sein, dass nahezu alle Strafverfahren gegen PolizistInnen eingestellt werden, weil die BeamtInnen sich selbst entlasten. Außerdem muss jedeR PolizistIn individuell
345 gekennzeichnet werden. So erhöhen wir das Verantwortungsbewusstsein der PolizistInnen und die Beschwerdemöglichkeit der BürgerInnen. Wir wollen mehr auf soziale Prävention und Betreuung setzen, statt allein die Auswirkungen mit überflüssigen Zwangsmaßnahmen zu bekämpfen.

AsylbewerberInnen, Flüchtlinge, HausbesetzerInnen, AntifaschistInnen, Punks, Obdachlose und schwerst
350 Drogenabhängige werden immer noch aufgrund von Vorurteilen diskriminiert und als gefährlich eingeordnet. Die einen leben hier, weil sie nicht wo anders leben können und werden von der Verwaltung und der Polizei häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die anderen wählen ein selbstbestimmtes Leben, das Berlin erst zu einer bunten Stadt macht. Anstatt sie aus der Gesellschaft und dem Stadtbild zu verdrängen, wollen wir, dass die Stadt dort hilft, wo es nötig ist und die Betroffenen sonst in Ruhe lässt.

355

Eine neue Bedrohung der Freiheit und Privatsphäre sehen wir in zunehmenden technischen Möglichkeiten der Datenerhebung. E-Mail-SPAM, Überwachungschips (RFID), der Streit um die Weitergabe von WM-Tickets zeigen: Es ist längst nicht mehr nur der Staat, der die Freiheit der BürgerInnen einschränkt. Hier will die Grüne Jugend Berlin wirksame Konzepte entwickeln, um der neuen Bedrohung entschieden
360 entgegenzutreten. In einer rechtlichen Grauzone bewegen sich ebenfalls private Sicherheitsdienste, wie manche BVG-Kontrolleure, die ihre Befugnisse überschreiten.

Aber auch im kleinen werden Freiheitsrechte eingeschränkt. Kinder dürfen aus religiösen Gründen nicht an
365 bestimmten Fächern des Schulunterrichts teilnehmen und nicht auf Klassenreisen mitfahren. Gleich ob MuslimInnen oder Kinder christlicher FundamentalistInnen: Die Grüne Jugend fordert deshalb, die Abmeldung etwa vom Sport- und Biologieunterricht aus religiösen Gründen nicht mehr zuzulassen.

DIE STADT DER TEILHABE – Mitbestimmung stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

370

In Berlin gibt es viele Organisationen, in denen mensch sich treffen und mitgestalten können. Je nach Interesse kann mensch sich für Umwelt- und Tierschutz stark machen, zu Themen wie Globalisierung Stellung beziehen, Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen oder auch die Politik vor Ort beeinflussen. Wir wollen die Kultur der direkten Mitbestimmung fördern. Wir wollen den Ausbau von BürgerInnenentscheiden
375 und -abstimmungen. Basisdemokratische Projekte wie den BürgerInnenhaushalt in Marzahn-Hellersdorf oder Lichtenberg-Hohenschönhausen müssen genauso wie lokale Verbände mehr Gehör finden. Ehrenamtliches Engagement darf keine Einbahnstraße sein.

Wir setzen uns für eine konsequente Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen ein. Die geistige
380Entwicklung von Menschen ist nur gering vom Alter bedingt.

Demokratie bedeutet aber nicht nur alle vier oder fünf Jahre sein Kreuz zu machen und dann die Verantwortung auf „die da oben“ abzugeben. Demokratie bedeutet auch: alle können ihren Mund aufmachen und Rechte einfordern. Die GRÜNE JUGEND ist ein Beweis, dass Politik machen nicht langweilig und
385vergeblich ist. Mitbestimmung und Teilhabe ist aber nur auf Dauer attraktiv, wenn sie wahrnehmbar ist und etwas bewirken kann.

Die Ausbreitung der rechtsextremen Szene ist alarmierend. Eine rechte "Lebenseinstellung" sickert in den Alltag Jugendlicher ein und öffentlichen Raum wird besetzt. Die GRÜNE JUGEND BERLIN will eine Kultur
390des gleichberechtigten Zusammenlebens. Individualität und Humanismus, kultureller und gesellschaftlicher Fortschritt erfordern eine Vielfalt der Lebensentwürfen, wir wollen Akzeptanz statt Ausgrenzung und Gewalt.

Den Berliner Schulen kommt bei der Vermittlung demokratischer Werte die wichtige Rolle zu. LehrerInnen müssen Gelegenheit bekommen, sich hierzu regelmäßig fortbilden zu können. Auch der Aufbau
395demokratischer Strukturen an Schulen bedarf der weiteren Unterstützung.

Am wirksamsten ist der Kampf gegen Rechts vor Ort in lokalen Zusammenhängen. Dort finden die Begegnungen und Auseinandersetzungen statt. Wir fordern vom Berliner Senat, neben Aktivitäten auf Landesebene auch Bezirks-Programme gegen Rechts zu initiieren und die lokale Zivilgesellschaft zu
400stärken, die Rekrutierung von neofaschistischem Nachwuchs an öffentlichen Orten (Schulen, Jugendklubs etc.) zu verhindern und "Angst-Zonen" zu beseitigen.

Auch rechte Jugendliche benötigen Hilfe und Betreuung, nicht zuletzt beim Ausstieg aus der Szene. Dies muss auf Basis akzeptierender Sozialarbeit geschehen. Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Kinder
405sozial benachteiligter Eltern zu organisieren ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Das Ende der Vollbeschäftigung

Soziales

Berlin ist Hauptstadt der Jugendarbeitslosigkeit, der Kinder- und Jugendarmut, mangelnder Ausbildungsplätze und einer hohen Zahl an SchulabbrecherInnen. Das Leben unter schlechten Bedingungen, trotz täglicher Arbeit, trägt sich meist von Generation zu Generation weiter. Die ökonomische Globalisierung beschleunigt diesen Prozess, der maßgeblich Schlecht- oder Geringqualifizierte trifft. Das
415Durchbrechen eines jahrelang eingesteten Teufelskreises aus sozialer Ausgrenzung, Bildungsarmut und Prekarisierung ist zentrale Zukunfts- und Gerechtigkeitsaufgaben in unserer Stadt.

Das Ausmaß dieses Problems in Berlin hängt vor allem mit Ausgrenzung und sozialer Selektion im Bildungssystem zusammen. Doch selbst wenn es uns langfristig gelingen sollte, dies erfolgreich zu mildern
420oder aufzuheben, müssen wir heute all denjenigen ein Angebot machen, die bereits in prekären Verhältnissen leben. Dafür brauchen wir ein fein gesponnenes Netz von politischen Maßnahmen, bestehend unter anderem aus besserer Kinderbetreuung und mehr Ganztagschulen, einer Aufstockung der Mittel für soziale Einrichtungen und Jugendprojekte, so dass diese endlich in den Kiezen und Problemzonen sichtbar werden, Qualifizierungsmaßnahmen sowie Drogen- und Schuldenberatung.

425

Ausbildung

In Berlin sind ca. 38 000 Jugendliche arbeitslos, jedes Jahr suchen zu Ausbildungsbeginn noch über tausend Jugendliche einen Ausbildungsplatz, zehntausend Jugendliche absolvieren eine öffentlich geförderte
430Berufsvorbereitung. All diesen Jugendlichen müssen wir einen Einstieg in Berufsleben ermöglichen. Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Für die seit Jahren arbeitslosen Jugendlichen muss eine Nachqualifizierungsoffensive erfolgen, dabei müssen junge MigrantInnen besonders berücksichtigt werden. Wir wollen, dass mehr Betriebe ausbilden. Durch gezielte Ansprache der Betriebe mit InhaberInnen nichtdeutscher Herkunft und konkreter Unterstützung ausbildender
435Betriebe wollen wir dies erreichen.

Berufsvorbereitung darf nicht zur „Warteschleife“ für unversorgte Jugendliche werden. Die Maßnahmen zur Berufsvorbereitung für noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche sollen Qualifizierungsbausteine enthalten, die auf eine spätere Ausbildung angerechnet werden können. Insgesamt wollen wir das Ausbildungssystem
440flexibilisieren, dabei muss jedoch gewährleistet sein, dass die weiterführende (Aus-)Bildung nach den

Grundbausteinen auch tatsächlich erfolgt.

Auch die Finanzierung der Ausbildung muss reformiert werden. Die Gerechtigkeitslücke zwischen ausbildenden Betrieben und nicht-ausbildenden Betrieben muss geschlossen werden. Die zunehmende 445 Lastenverschiebung hin zur öffentlichen Hand muss korrigiert werden. Daher sprechen wir uns für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage ein.

Viele zukunftsfähige Berufe, insbesondere in den Bereichen der Medien- und Kommunikationswirtschaft, wie auch der Gesundheitswirtschaft, haben noch gar keine Ausbildungsberufe gebildet. Berlin muss die neuen 450 Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes nutzen und verstärkt schulische Ausbildungsgänge für diese Branchen anbieten. Damit werden Jugendliche in zukunftsfähigen Berufen ausgebildet und die Wachstumsfelder der Stadt werden über die Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitskräften unterstützt.

Eine starke, finanzkräftige Zukunft Berlins, hängt nicht zuletzt von einer starken, gutausgebildeten Jugend 455 ab.

Generation Praktikum

Praktika sind dazu gedacht, Berufserfahrungen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. In diesem Sinne sind 460 sie eine gute Sache, dafür nimmt mensch auch in Kauf, ein bis drei Monate unbezahlt zu arbeiten. Aber die Realität sieht anders aus. Während, vor und nach dem Studium oder der Ausbildung befinden sich junge Menschen im Status „PraktikantIn“. Der eigentliche Sinn des Praktikums ist längst verloren gegangen. Die Firmen und Verbände beuten junge Menschen aus und nutzen die allgemeine Unsicherheit der hohen Arbeitslosigkeit dazu, reguläre Jobs durch billige PraktikantInnen zu ersetzen. Statt sich im Betrieb umsehen 465 und eigene Projekte anschieben zu können, wird mensch zum Kaffeekochen oder Kopieren eingesetzt. Widerspruchsmöglichkeiten werden selten genutzt, da ein Praktikumsverhältnis in keiner Weise abgesichert ist.

Dies gilt für Berlin im Besonderen, da die hohe Arbeitslosigkeit in der Stadt dazu beiträgt, dass sich PraktikantInnen mehr gefallen lassen (müssen) – in der Hoffnung auf einen darauf folgenden Arbeitsplatz. 470 Um dem Einhalt zu gebieten fordern wir rechtsverbindliche Standards sowie einen Mindestlohn für Praktika.

Arbeit

Gerade auch innerhalb der jungen Generation hat sich seit dem Inkrafttreten von Hartz IV Angst vor 475 Arbeitslosigkeit verbreitet, davor keinen Ausbildungsplatz zu finden und vor sozialer Ausgrenzung. Eine weitere um sich greifende Perspektivlosigkeit ist die Folge. Ein wichtiger Schritt zur Lösung dieser Probleme ist die Abkehr von der alleinigen Konzentration auf die Erwerbsarbeit. Auch bürgerInnenchaftliches Engagement und das Pflegen und Versorgen von Mitmenschen ist Arbeit. Eine ehrliche Debatte um das Ziel der Vollbeschäftigung, die es in Deutschland nicht geben wird und niemals gegeben hat, darf von politischer 480 Seite nicht mehr verdrängt werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Grundsicherung ein, diese darf keinen Zwang zur Arbeit enthalten, muss individuell beanspruchbar sein und ein Leben oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums ermöglichen.

Auch vor einer Diskussion um Arbeitsteilung darf sich nicht weiter gesträubt werden. Eine hohe Bedeutung 485 kommt hierbei der Rolle Berlins als Arbeitgeberin zu (acht der zehn größten ArbeitgeberInnen Berlins sind öffentliche Unternehmen). Der Staat muss endlich Vorbild werden und die Arbeitszeit seiner Beschäftigten deutlich reduzieren. So werden neue Beschäftigungsverhältnisse und vor allem der Zugang für junge, gerade in der Ausbildung befindliche Menschen geschaffen.

Arbeitslosigkeit und vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den drängendsten Problemen Berlins. Der rot-rote Senat hat dabei jedoch selbst in seiner angeblichen Kernkompetenz völlig versagt und muss abgelöst werden.

495 Standortpolitik

Zwar sind in Berlin immer mehr der klassischen Industriezweige auf dem Rückzug, doch gibt es auch klare Wachstumssignale gerade in den Bereichen Wissenschaft und Kultur. Um in Berlin Arbeitsplätze zu schaffen, müssen wir uns insbesondere auf diese Cluster konzentrieren und die Stadt für neue 500 UnternehmerInnen und kluge Köpfe attraktiv machen.

Fast unbeachtet ist in Berlin beispielsweise die Branche der Umwelttechnologien. Sie gewinnt aber immer mehr an Bedeutung – hier wird auf lokaler Ebene der vermeintliche Widerspruch zwischen Ökonomie und

Ökologie aufgelöst. Diese Entwicklung ist vom rot-roten Senat schlicht ignoriert worden.

505

Im Cluster „Kultur“ dominieren in Berlin Medien- und Werbefirmen sowie Modelabels. Doch muss dafür auch das Umfeld stimmen! Wer an der reichen Kulturszene oder künstlerischen Studiengängen sparen will, handelt kurzfristig – denn so wird nur an der Wirtschaftskraft von morgen gespart.

510Im Bereich Wissenschaft ist in Berlin besonders die Gesundheitswirtschaft hervorzuheben, die ein enormes Potenzial ausweist. Wir diskutieren den demographischen Wandel auch unter dem Gesichtspunkt der Chancen für soziale Innovationen, mehr Lebensqualität im Alter und neuer Beschäftigungsverhältnisse. Umfassende Anstrengungen im Gesundheits-, Pflege und Präventionsbereich stehen hier an erster Stelle. Wir wollen auf diesem Gebiet sozialpolitische und ökonomische Aspekte verbinden, auch um damit ein
515hohes Niveau an gesundheitlicher Absicherung zu garantieren.

Existenzgründungen und Kleinkreditvergabe

520Jungen Menschen muss es wesentlich leichter gemacht werden, sich mit eigenen, kreativen Ideen Selbstständig zu machen. Dabei sollen sie mit Hilfe von GründerInnenzentren (z.B. in Form eines Cafés) mit kompetenten AnsprechpartnerInnen, unkomplizierten Kleinkrediten sowie Verbündeten von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt werden. Auch Anreize zur Genossenschaftsbildung sind ein sinnvoller Weg.

525In diesem Bereich werden Frauen immernoch stark benachteiligt. Wir fordern mit umfassenden Maßnahmen gegen die strukturelle Benachteiligungen vorzugehen und Frauen vermehrt bei der Existenzgründung, Finanzberatung und Kreditvergabe zu unterstützen. Frauen gründen im Schnitt mit weniger Kapitalbedarf und weniger Risiko, sind aber die wirtschaftlich erfolgreicherer UnternehmerInnen.

530

Jugend braucht FreiRäume!

Die Grüne Jugend setzt sich dafür ein, dass Jugendliche verschiedener Herkunft zusammenfinden. Der Rede davon, dass unsere Welt immer schneller zusammenwachsen, müssen auch Taten folgen. Um andere Kulturen zu begreifen ist es wichtig die Gepflogenheiten und Traditionen anderer Nationen noch besser
535kennen zu lernen. Die Neugierde auf andere Länder und Kulturen ist zu begrüßen und Austausch sind auch finanziell mehr zu fördern.

Ebenso braucht unsere Stadt viel mehr Orte, an denen Jugendliche sich nach der Schule oder an Wochenenden treffen können um ihre Freizeit zu gestalten! Ziel sollte sein möglichst viel Interkulturalität
540„unter ein Dach“ zu bekommen. Wir wollen das Zusammenkommen zwischen den Kulturen, wenn die Vorurteile sich vielleicht noch nicht verhärtet haben und das Aufeinanderzugehen möglich ist, damit eine wirkliche Interkulturalität bei der alle Seiten zufrieden mit dem Resultat sind, möglich wird.

Zu dem Gestalten der Freizeit ist sportliche Aktivität ebenfalls sehr wichtig, wofür die Voraussetzungen
545verbessert werden müssen. In den Ferien und erst Recht für nicht in Vereinen organisierte Gruppen ist es unverhältnismäßig schwierig an eine Halle zu kommen.

Wir fordern die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die der Entfaltung dienen, damit junge Menschen nicht auf die Straße ausweichen müssen. Des Weiteren sind die Einrichtung von Coming-Out-Gruppen und die Bereitstellung von Räumen, in denen homosexuelle und bisexuelle Jugendliche einander kennenlernen und
550Erfahrungen austauschen können, sehr wichtig. Ebenso benötigen auch NachwuchsmusikerInnen Räume zum Proben. Außerdem ist die Bereitstellung finanzieller Mittel wichtig, damit jungen Menschen die Chance ihre Kreativität auszuleben nicht verwehrt bleibt.

Für die Jugendlichen, die sich für ein Leben auf der Straße entschieden haben oder dazu gezwungen
555werden ist aus unserer Sicht die Arbeit von so genannten StreetworkerInnen auszubauen. Sie sind eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen andere, feste Institutionen nicht um Hilfe bitten würden. Eine bessere Vernetzung zwischen Institutionen wie Schulen, Vereinen und dem Jugendamt, vor allem auch zwischen den Bezirken, ist dabei wünschenswert. Durch Erfahrungsaustausch kann konfliktbergendes Potential schneller erkannt und behoben werden.

560

Im Jugendalter finden viele Identifikationsprozesse die für das weitere Leben von Bedeutung sind statt. Dabei spielen Medien eine nicht unerhebliche Rolle. Hierbei gilt gerade die Jugend als Symbol von ewiger Schönheit und einer Form des Perfektionismus, die der Realität nicht entspricht. Mensch wird dadurch fragwürdigen Werten ausgesetzt, für die junge Menschen meist anfälliger sind. Die Zahlen der essgestörten
565Jugendlichen und auch des männlichen Anteils unter diesen steigen weiter an. Wir wünschen uns ein natürliches Verhältnis zu gesundem, genfreiem Essen und zu einem Körper in dem mensch sich wohl fühlt!

Deshalb setzen wir uns für eine durchdachte, lebensnahe Sicht in den Medien ein

Zu den Freizeitaktivitäten von Jugendlichen gehört natürlich auch das abendliche Treffen und „Weggehen“.
570 Dazu ist eine funktionierende Kneipenkultur von Bedeutung. Orte an denen junge Menschen sich wohl fühlen und ungestört Zeit verbringen können, waren seit jeher positiv für Austausch von Ideen. Zusammengenommen möchten wir, dass die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Jugendliche sich frei nach ihren Vorstellungen entwickeln können, neue Wege gehen und der Gesellschaft als Teil begegnen! Demokratie will gelebt werden! Fangen wir an!

575

Feiern statt Fliegen!

Der Flughafen Tempelhof stirbt langsam aber sicher. Tausende Quadratmeter mitten in Berlin sollen dann brachliegen. Die Grüne Jugend Berlin sieht hier eine Chance für ein Stück Umwelt im Großstadtdschungel:
580 Wir können in Tempelhof Bäume pflanzen, Gemüse ernten, Tiere halten und etwas über die Natur vor unserer Nase lernen. Auch für Schulklassen soll die Möglichkeit entstehen selbst etwas in der Natur zu tun. Mit Skaterparks, Graffitiareas und Festivalgelände kann der alte Flughafen ein Platz für junge Menschen in Berlin werden – eine Art Zentrum für die Jugend.

In leerstehenden Hallen könnten Konzerte stattfinden oder Seminare abgehalten werden. Und warum nicht
585 ein innerstädtischer Campingplatz? Auch andere Großstädte haben so etwas. Platz ist genug vorhanden. Es gilt dieses Gelände mit den Menschen und im Sinne der Menschen zu gestalten.

Alles Öko oder was?

590 Milch für 0,30 €? 10 Eier für 99 Cent? In der Lebensmittelindustrie wütet ein gnadenloser Preiskampf – gesteuert von uns VerbraucherInnen. Denn jedeR weiß ja: Hauptsache billig. Dabei bleibt viele auf der Strecke. Wer mag schon gern Eier von Hühnern essen, die in ihrer eigenen Scheiße stehen und oder hochgiftiges Pflanzenschutzmittel auf buntem Gemüse essen?

Eine Garantie für ökologischen Anbau sind Biolebensmittel. Hand in Hand mit dem Biosiegel gehen häufig
595 Produkte aus fairem Handel. Bio und FairTrade-Produkte kaufen ist der erste Schritt. Wir haben die Landwirtschaft in der Hand. Aber auch in Schulcafeterien und Mensen sollen ökologisch korrekte und fair gehandelte Produkte angeboten werden!

Jeder Schritt, den du machst, ist nur scheinbar banal, in Wirklichkeit bewegst du mit jedem Handgriff eine ganze Menge. Gerade im Hinblick auf unsere Umwelt macht mensch schnell viel kaputt, ohne es überhaupt
600 zu merken. Darüber, was wir mit unserem Handeln bewirken, müssen wir aber Bescheid wissen. Schulen und SchülerInnenläden brauchen Gelder, um im Unterricht oder in AGs zu vermitteln, was wir an unserer Erde haben und wie wir sie schützen können!

605 Unterschiede sind die Regel, nicht die Ausnahme!

JedeR ist Minderheit. Die GRÜNE JUGEND Berlin sieht in der Vielfältigkeit unserer Gesellschaft eine Chance. Menschen aus vermeintlich homogene Gruppen, z.B. mit gemeinsamer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung, sind bei genauerem Hinsehen recht verschieden. Sie haben z.B. unterschiedliche
610 politische oder weltanschauliche Ansichten. Sind türkische Schwule Türken oder Schwule, oder nicht vielmehr: beides? Genau hier setzt gelebte Vielfalt oder Diversity an. In Berlin gibt es unterschiedlichste Gruppen, bei denen nicht mehr klar ist, zu welcher „Minderheit“ sie jetzt eigentlich gehören. Dies wollen wir in allen Lebensbereichen mitdenken.

615 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert daher Chancengleichheit für alle, Vielfaltsgesellschaft muss sich in Gremien widerspiegeln und bei gesetzlichen Regelungen und politischen Forderungen müssen die Auswirkungen auf gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten mitgedacht werden.